

Christi (und nicht der Geist der Zeit) am Werke ist, da wird gerade an den Höhepunkten menschlicher Geschichte — und nicht nur in ihren Niederängen — die ungestillte Sehnsucht nach ewiger Vollendung aufbrechen.

Wenn wir am Anfang unserer Überlegungen etwas zweifelnd gefragt haben, was denn der Christ von den endzeitlichen Verheißungen der Advents- und Weihnachtszeit mitnehmen könne in seine Alltäglichkeit, so dürfen wir nun getrost antworten: Alles. Denn es gibt nichts, was nicht durch Christus und in Ihm wunderbar erneuert und wiederhergestellt werden könnte. Er aber, der dazu bestimmt ist, sich alles zu unterwerfen, was im Himmel und was auf Erden ist, Er ist schon gekommen und kommt immer wieder zu denen, die auf Ihn warten. Er wird ebenso gewiß am Ende der Tage auch denen offenbar werden, die Ihn jetzt nicht erkannt und geliebt haben. Bis dahin aber ist uns Christen die Sendung aufgetragen, Ihn und Sein Reich sichtbar zu machen vor dieser Welt.

Religiöse Spannungen in USA

Von WILL HERBERG¹

Eine der auffallendsten Tatsachen in der religiösen Lage der Vereinigten Staaten ist der Zuwachs, den die Religionsgemeinschaften erfahren. Um 1900 wurden nur 35 Prozent des amerikanischen Volkes als einer Religionsgemeinschaft zugehörig gemeldet; 1949 waren es schon 53. In der Zeit eines Vierteljahrhunderts, von 1925 bis 1950, nahm die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um 28,6 Prozent zu; die Kircheng Zugehörigkeit jedoch stieg um fast 60 Prozent. Der jährliche Mitgliederzuwachs der Kirchen betrug seit 1940 etwa 2 Prozent. Selbst wenn man die bekannte Unzuverlässigkeit statistischer Angaben auf dem Gebiet des Kirchenwesens bedenkt, kann man doch ruhig behaupten, daß sich das amerikanische Volk heute mehr denn je als ein religiöses Volk verstehen und mit religiösen Einrichtungen identifizieren möchte. Die tatsächliche religiöse Bedeutung dieses Bestrebens ist nicht leicht feststellbar; es wäre gewiß unzulässig, wollte man von der Statistik auf den wirklichen Glauben der Massen schließen. Zu viele kulturelle und gesellschaftliche Faktoren spielen mit, und zu verschieden sind die Bedeutungen von „Religion“, um einen solchen Schluß zu rechtfertigen. Trotzdem kann wohl nicht geleugnet werden, daß unter den heutigen Amerikanern ein wachsender Zug nach religiöser Einordnung besteht. Selbst von jenen, die sich zu keiner bestimmten Kirche bekennen, betrachtet sich eine große Mehrzahl als irgendwie religiös. „Wir sind ein religiöses Volk“, sagte vor kurzem Douglas, Richter am Obersten Gerichtshof, „ein Volk, dessen Institutionen ein höheres Wesen voraussetzen.“ Man darf wohl behaupten, daß dieses Wort eine vom amerikanischen Volk allgemein vertretene Ansicht wiedergibt.

¹ Der Artikel gibt einen guten Einblick in die religiöse Lage der USA vom Standpunkt eines Nichtchristen aus.

Gleichzeitig mit dem Zug nach religiöser Bindung ist die Spannung zwischen den bedeutenden Religionsgemeinschaften immer stärker geworden. Keiner, der mit der Lage vertraut ist, wird das bestreiten wollen. Innerhalb des letzten Jahrzehnts, ja sogar der letzten fünf Jahre haben sich die Beziehungen zwischen Protestanten und Katholiken, sowie zwischen Katholiken und Juden merklich verschlechtert; und zwar so sehr, daß es zu öffentlichen Kundgebungen von Feindschaft gekommen ist. Der Brennpunkt des Streites, das Kampfgebiet, in dem man sich vornehmlich befiehlt, ist der Fragenkreis um Staat und Kirche, der neuerdings die Führer amerikanischer Religionsgemeinschaften mit ungewöhnlicher, fast beängstigender Heftigkeit beschäftigt. Die Fragen von Staat und Kirche, und besonders ihre Auswirkung auf das Erziehungswesen mögen uns deshalb als ein aufschlußreicher Zugang zu einer Besprechung der gegenwärtigen religiösen Situation in den Vereinigten Staaten dienen, wobei wir vor allem die Haltung und die Beziehungen der größeren Religionsgemeinschaften zueinander ins Auge fassen wollen.

Säkularistische Religion

Betrachtet man das Problem von Kirche und Staat im Erziehungswesen, so stellt sich als erste Frage die nach der Einschätzung der öffentlichen Schule (public school), besonders im Vergleich mit den religiösen Tageschulen, wie die katholische Kirche, einige protestantische Bekenntnisse und auch jüdische Gruppen sie unterhalten.² Hinzu kommt die vielleicht noch grundlegendere Frage, welche Rolle denn die Religion im Plan der öffentlichen Schulen spielt; endlich noch die heißumstrittene Frage nach Regierungsbeihilfen für nicht-öffentliche Schulen. Jedes dieser Probleme greift bei weitem über die einzelnen Streitpunkte hinaus und wirft ein bezeichnendes Licht auf die religiöse Lage im allgemeinen.

Die amerikanische öffentliche Schule (public school) ist vornehmlich das Werk des amerikanischen Protestantismus. Sie kam zustande dank der echten Sorge der Protestanten um die Erziehung des breiten Volkes und gewann ihre kennzeichnende nicht-konfessionelle Gestalt auf Grund der protestantischen Abneigung gegen jede kirchliche Aufsicht. Das galt besonders von den Kongregationalisten Neu-Englands sowie den Methodisten und Baptisten in den entlegeneren Teilen der sich ausdehnenden Nation. Heute noch empfinden diese Gruppen ein lebhaftes Interesse an der öffentlichen Schule, fast als ob sie ihr Eigentum wäre. Jedoch bedeutete „nicht-konfessionell“ damals, als das Netz der öffentlichen Schulen entstand, etwas ganz anderes als heute. Damals hieß „nicht-konfessionell“ keineswegs „nicht religiös“, sondern ganz im Gegenteil, es hieß so viel wie christlich und protestantisch, doch ohne den Beiklang des Sektenhaften,

² In den Jahren 1947—48 gab es in 10910 katholischen Schulen 3087000 Schüler — 2305000 in 8289 Grundschulen; 482000 in 2150 Mittelschulen und 300000 in 481 höheren Lehranstalten.

In den Jahren 1951—52 gab es in den Staaten 2904 kirchlich-protestantische Schulen mit ungefähr 190000 Schülern, eine Zahl, die um 60 Prozent höher liegt als die von 1937. Von diesen Schulen waren 1410 lutherisch, 919 adventistisch, 125 presbyterianisch, 156 reformiert und 100 episkopalisch.

Im Jahre 1951 gab es ungefähr 150 jüdische Schulen gegenüber 75 im Jahre 1945.

wie es bei den sich vermehrenden protestantischen Bekenntnissen nahe lag. Man hielt es für selbstverständlich, daß die Religion, das Wort freilich in einem etwas unklaren Sinne verstanden, jeder Erziehung zugrunde liegen müsse.

Heute ist aus der öffentlichen Schule unter dem Einbruch neuer sozialer und kultureller Kräfte etwas sehr Verschiedenes von dem geworden, was sie vor dreiviertel Jahrhunderten, ja vor einem halben Jahrhundert noch war. Gegen Ende der großen Einwanderungen hatte das Land aufgehört, nahezu rein protestantisch zu sein.

Der katholische Anteil an der Bevölkerung ist heutzutage beträchtlich, desgleichen der jüdische in gewissen städtischen Mittelpunkten. Dazu ist weithin eine Säkularisation des amerikanischen Selbstverständnisses erfolgt, auf Grund derer sich die Beziehungen zwischen Religion und öffentlichen Angelegenheiten beträchtlich geändert haben. Verwaltungstechnisch gesehen stand natürlich zu erwarten, daß die öffentliche Erziehung den Wandel im Gefüge des amerikanischen Volkes widerspiegeln würde, daß also Katholiken wie Juden Seite an Seite mit Protestanten zu Einfluß kommen würden. Doch dem steht der neue Geist des öffentlichen Erziehungswesens entgegen, der sich insoweit wirklich auffallend verändert hat, als er heute nicht mehr religiös, weder protestantisch noch katholisch noch jüdisch, weithin säkularistisch ist, und das stellenweise in scharfer Weise. (Unter dem Ausdruck „säkularistisch“ verstehe man hier eine Lebensanschauung, die dafür hält, daß der Mensch sich selbst genügt und die Gott als eine überholte Belanglosigkeit abtut; Lebensgestaltung, als ob es Gott nicht gäbe). War die amerikanische Staatsschule zu Anfang überkonfessionell (non-sectarian), so ist sie heute in Frage der Religion „neutral“ geworden; neutral freilich in einem höchst a-neutralen Sinn. Denn indem sich die öffentliche Schule mit Religion nur als Stoff für den Geschichtsunterricht befaßt, wird sie in vielen Fällen tatsächlich, ohne es selbst recht zu merken, zum Anwalt einer Gegenreligion säkularistischer Selbstherrlichkeit.

Diese rein weltliche Gegenreligion ist zum Glauben und Kult einer zwar zahlenmäßig schwachen, dafür aber tatkräftigen Gruppe geworden, die in vielen Lehrerbildungsanstalten Fuß gefaßt hat. Die Anhänger dieser Richtung vertreten innerhalb des Erziehungswesens eine Lebensanschauung, die auf dem Säkularismus gründet, und wir täten gut daran, uns klar zu werden, daß sie tatsächlich so etwas wie eine Religion verfechten, zwar Seite an Seite mit den überkommenen Religionsgemeinschaften, die sie dadurch aber auch um so mehr zersetzen. Besonders bedeutungsvoll wird ihr Einfluß durch die rasch um sich greifende Säkularisierung, der unsere gesamte Zivilisation seit einem halben Jahrhundert ausgesetzt ist, eine Tatsache, die mit dem bereits erwähnten gleichzeitigen Mitgliederzuwachs der Konfession nicht unvereinbar ist. Der Säkularismus ist nämlich in USA nicht so sehr als ein Ansturm gegen die Religion denn vielmehr als deren innere Lähmung aufgetreten. Mehr und mehr hat man die Religion vom Leben getrennt und sie auf einen reinen privaten Stand zurückverwiesen, so daß sie bezüglich der Brennpunkte des sozialen Lebens, das ja, wie man meint, auf autonomen, nicht-religiösen Grundlagen ruht, nur noch eine Randstellung einnimmt.

Die Ansicht, daß die Grundfragen des Lebens, persönliche wie soziale, in ihren eigenen, nicht-religiösen Begriffen angegangen und abgehandelt werden können, ist die Seele des Säkularismus: für sie ist Erziehung „Erziehung“, ähnlich wie „Geschäft eben Geschäft“ und „Krieg eben Krieg“ ist. Legt man diesen Maßstab an, dann stellt sich heraus, daß die heutigen Amerikaner, selbst solche, die sich für ausgesprochen religiös halten, durch und durch säkularistisch denken. Das scheint besonders von den amerikanischen Protestanten und Juden zu gelten, trifft aber auch bei vielen amerikanischen Katholiken zu. Wie hätten sich diese sonst gegen päpstliche Enzykliken über Arbeit und Industrie als einen Übergriff auf ein Feld, wo Religion nichts zu suchen hat, sträuben können? Sowohl der Pietismus als auch ein religiöser „Liberalismus“ haben zu dieser säkularistischen Strömung beigetragen, der Pietismus, indem ihm Religion nichts weiter als ein Spielplatz privater Gefühle und Gemütsaufwallungen bedeutete, der „Liberalismus“, indem ihm Religion nur wenig mehr als eine humanitäre Ethik galt. Zwar lassen sich die Amerikaner in zunehmender Zahl kirchlich erfassen und sind auf Religion gut zu sprechen, doch nimmt gleicherweise die Zahl derer zu, die das Leben unter einem rein weltlichen Blickwinkel betrachten. Ihnen dient Religion weithin nur noch zur „Gemütsbereicherung“, zur Unterstreichung einer gewissen kulturellen Höhe oder gesellschaftlichen Anständigkeit. Die Trennung von Religion und Leben rechtfertigt man als eine Folgerung aus dem amerikanischen Grundsatz der „Trennung von Kirche und Staat“.

Trennung von Kirche und Staat

Über diesen Grundsatz herrscht viel Verwirrung. Wir überlassen hier die genauere Erklärung des ersten Verfassungszusatzes und der betreffenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofes den zuständigen Autoritäten. So viel jedoch steht geschichtlich fest, daß weder den Vätern des amerikanischen Staates noch dem amerikanischen Volke während des neunzehnten bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein der Sinn danach stand, unter der „Trennung von Staat und Kirche“ so etwas wie Außerachtlassung oder Neutralität gegenüber der Religion zu verstehen, ganz zu schweigen von Religionsfeindlichkeit etwa von seiten der Regierung. Trotz der weitverbreiteten gegenteiligen Meinung ist es einfach nicht wahr, daß es in den Vereinigten Staaten einen „hohen, unübersteigbaren Wall der Trennung zwischen Kirche und Staat“ gibt oder je gegeben hat, wie Richter Black anlässlich der McCollum-Angelegenheit 1948 behauptete. Seit jeher hat die Zentralregierung den religiösen Körperschaften, ähnlich wie sie es auch heute noch tut, unmittelbare Hilfeleistungen zukommen lassen. Sie bezahlt die Armeegeistlichen, die doch tatsächlich religiösen Belangen nachkommen, von ihren Kirchen bereitgestellt und den verschiedenen Waffengliederungen zugeteilt werden. Sie dringt darauf, daß den Männern und Frauen in den Streitkräften religiöser Unterricht erteilt wird. Sie stellt öffentliche Plätze oder Parks für religiöse Zwecke zur Verfügung. Auf Grund der sogenannten „G. J. Bill of Rights“ zahlt sie Schulgelder aus öffentlichen Quellen auch an kirchlich gebundene Schulen. Sofern diese Schulen dem geforderten erzieherischen Stand entsprechen, werden sie vom Gesetz voll anerkannt und ge-

schützt und erhalten von seiten der öffentlichen Behörden auch geldliche Beihilfen, etwa für Schulbücher, Schulautobusse oder Schulspeisungen. Was immer also der erste Verfassungszusatz bedeuten mag, eines ist klar, daß er keine strenge Trennung von Staat und Kirche und keine Neutralität der Regierung gegenüber Religion und Nicht-Religion bedeutet.

Die säkularistische Version des Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche hat unter den amerikanischen Protestanten deshalb weit an Boden gewonnen, weil der amerikanische Protestantismus geneigt war und ist, diesen Grundsatz als ein Bollwerk gegen mögliche katholische Übergriffe anzusehen. Die Furcht vor katholischen Übergriffen scheint der Schlüssel zur gegenwärtigen Spannung zwischen Katholiken und Protestanten zu sein. Einsichtige Protestanten erkennen das auch an. So schreibt z. B. der Informationsdienst des föderativen, jetzt nationalen Kirchenrates in seiner Ausgabe vom 10. September 1949 (Information service of the Federal Council of Churches): „Eindeutig scheint hinter der ganzen Sache die Furcht der Nicht-Katholiken vor der politischen Macht und den politischen Absichten der katholischen Kirche zu stehen.“ Obwohl der amerikanische Protestantismus noch immer die größte religiöse Körperschaft des Landes ist und eine Mehrheit aller eingeschriebenen Kirchenmitglieder umfaßt,³ ist es dennoch nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß er eine Denkart angenommen hat, die sich von der Furcht vor einer katholischen Vorherrschaft bestimmen läßt, die Denkart einer Minderheit.

Die Furcht vor einer katholischen Vorherrschaft innerhalb der Vereinigten Staaten scheint auf den ersten Blick ihre Wurzel kaum in statistischen Aufstellungen zu haben. Im Zeitraum von 1926 bis 1950 wuchs die Kirchenmitgliedschaft, wie bereits gesagt, um 59,8 Prozent, während die Bevölkerung nur um 28,6 Prozent zunahm. Wohl wuchs die katholische Kirche um 53,9 Prozent, aber der Protestantismus im selben Zeitraum um 63,7. Der Großteil dieses Zuwachses erklärt sich jedoch durch die Ausbreitung der Baptisten, besonders des Südens. Die dem Nationalrat angeschlossenen Kirchen hingegen nahmen nur um 47,7 Prozent zu und blieben damit sowohl hinter dem Gesamtzuwachs als auch dem der katholischen Kirche zurück. Man kann nicht leugnen, daß die katholische Kirche in jenen Teilen des Landes, wo Protestanten und Katholiken einander unmittelbar begegnen, vor allem in Großstädten, spürbar vorangekommen ist. Nicht um Nord-Karolina, wo es verhältnismäßig weniger Katholiken gibt als irgendwo sonst in der Welt, sondern um New-York und Neu-England, um den Mittel-Westen und die Westküste, wo der Anteil der Katholiken sich beständig vermehrt, sorgen sich die Protestanten in bangen Vorahnungen.

Doch liegt dem nicht allein der Zuwachs an Zahl zugrunde; schwerer noch wiegt das verhältnismäßig kraftvolle Leben der katholischen Kirche in ihren Institutionen und kulturellen Einrichtungen, ihr wirklich erstaunliches Geschick, sich der Öffentlichkeit anziehend vorzustellen, sowie das

³ Zahlen über religiöse Mitgliedschaft: 1952 waren von einer Bevölkerung von schätzungsweise 157 Millionen in den Vereinigten Staaten etwa 81 355 000 Mitglieder einer religiösen Gemeinschaft — von denen 48 353 000 protestantischen Kirchen, 29 407 000 der katholischen Kirche, 1 485 000 jüdischen Synagogen und 1 609 000 anderen religiösen Körperschaften angehörten.

geistige Ansehen, das sie auf Grund der Werke von Künstlern, Philosophen und Schriftstellern — meist europäischen — erworben hat. Das katholische Geistesleben ist von außen gesehen unternehmend und selbstsicher, während das des amerikanischen Protestantismus, von den höheren Seminarien abgesehen, an „Liberalismus“ und Humanismus lahmt. Die katholische Frömmigkeit besitzt Inhalt und Kraft, während die protestantische, wie Protestanten häufig selbst bezeugen, oft kaum mehr als gefühlbetonte Ethik und Dienst an der Gesellschaft ist. Schließlich ist dem amerikanischen Katholizismus trotz aller völkischen und kulturellen Verschiedenheit eine achtunggebietende, einheitliche Front zu eigen, während der Protestantismus zersplittert, geteilt und zu einem positiven Zusammenschluß offenbar außerstande ist. Der Protestantismus scheint, kurz gesagt, die Initiative verloren zu haben und dafür eine defensive Minderheits-Psychologie zu entwickeln, in der er sich von einem allseitigen katholischen Machtzuwachs bedroht fühlt.

Das soll aber nicht heißen, daß die Bedenken über die katholische Machtfülle in den Vereinigten Staaten völlig unbegründet seien. Die katholische Macht wirft hier wirklich eine Frage auf in dem Sinne, in dem jedes kraftvoll vertretene Sonderinteresse in einer Demokratie es tut. Darüber hinaus bedeutet sie insofern ein Problem, als gewisse politische und soziale Ziele der Kirche, auf herkömmliche Weise formuliert, vielen Amerikanern gegen die demokratische Lebensart, wie sie diese sich vorstellen, zu verstoßen scheinen. Der Anspruch der Kirche, in Fragen der Religion, der Erziehung und der Familie gesetzlich ausschlaggebend, vielleicht gar allein ausschlaggebend zu sein, kommt den meisten Amerikanern als unvereinbar mit den freiheitlichen, pluralistischen Grundlagen der amerikanischen Demokratie vor. Auch ist das Bestreben der Kirche, die geistigen Belange des Christentums mit den politischen, sozialen oder gar wirtschaftlichen Interessen kirchlicher Einrichtungen zu verbinden, für viele gleicherweise besorgniserregend. Es kommt hinzu, daß Katholiken, wie anderswo, so auch hier, den größeren Einfluß, der ihnen in manchen Gebieten und Staaten zugefallen ist, auf eine Weise verwendet haben, die selbst den geneigtesten Nicht-Katholiken viel zu denken gegeben hat; die kürzlich fast wie ein Ultimatum gestellte Forderung, daß der Wohlfahrtsrat (Welfare Council) von New York die Mitgliedschaft des Bundes für geplante Elternschaft (Planned Parenthood Federation) kündige, und zwar unter Androhung des Austritts der katholischen Organisationen, ist dafür ein Beispiel.

All das sei zugegeben; und dennoch kann kaum jemand bestreiten, daß die Antwort der Protestanten in keinem Verhältnis zu irgendeiner vorstellbaren Bedrohung oder Herausforderung steht. Die Denkweise, in der die Protestanten sich mit katholischen Fragen befassen, verrät wenig Sinn für die Eigenheiten der Politik, für die meist beträchtliche Kluft zwischen einer offiziellen Verlautbarung und den wirklichen Tatsachen. „Die meisten Nicht-Katholiken Amerikas“, erklärt Reinhold Niebuhr, „haben einen höchst unzutreffenden Begriff vom politischen Denken und Leben der römisch-katholischen Kirche. Diesem Begriff zufolge nimmt man an, daß, wenn man den Katholiken freie Bahn ließe, sie sofort ein politisches Gerüst, dem Spaniens so ähnlich wie nur möglich, errichten würden... Gewisse

Formen der Schlußfolgerung gehen von der Voraussetzung aus, daß die politische Haltung einer religiösen Gemeinschaft bezüglich jeder und jeglicher Frage von dem ihr zugrunde liegenden Glaubensbekenntnis bestimmt wird. Andere verschmähen es sogar, von den wirklichen Grundlehren dieser Gemeinschaft auszugehen, sondern fangen gleich mit Lehren an, die nur in ihrer Einbildung bestehen“ (*The Reporter* vom 22. Jan. 1952).

Diese Feststellung Niebuhrs legt nahe, daß es im evangelischen Lager noch andere Stimmen gibt als solche einer dumpfen und argwöhnischen Furcht. Einflußreiche Kreise am Einheitseminar, an der theologischen Fakultät von Yale und noch anderen Mittelpunkten protestantischen Lebens sind bemüht, dem protestantischen Denken eine ausgeglichene und konstruktivere Richtung zu geben. Ihnen entgegen stehen Kräfte, die sich in der „Vereinigung protestantischer und andersgläubiger Amerikaner für die Trennung von Kirche und Staat“ (Protestants and Other Americans United for the Separation of Church and State — abgekürzt: POAU) gesammelt haben. Ihr Organ ist das „Christian Century“. Um die Haltung dieser Kreise zu kennzeichnen, braucht man nur an ihren lauten Aufschrei über die sogenannte „Vatikanische Ernennung“ zu erinnern. Ob Trumans Vorschlag, einen Gesandten am Vatikan zu ernennen, weise und zeitlich gut gewählt war, darüber kann man vielleicht geteilter Meinung sein. Aber nur auf Grund wildester Einbildung konnte man ihn als verfassungswidrig oder die Religionsfreiheit irgendwelcher Amerikaner bedrohend ansehen. Und doch hat der amerikanische Protestantismus diesen Vorschlag mit solcher Heftigkeit zurückgewiesen, daß auch vielen einsichtigen Protestanten der Atem stockte. „Der schlimmste Fehler, den die neue Verwaltung machen könnte, ein Fehler fast so schlimm, wie wenn sie die Welt in einen Atomkrieg stürzte, bestünde in dem Versuch, an den Vatikan einen Botschafter zu entsenden“, so erklärte das „Christian Century“ vollen Ernstes in seiner Ausgabe vom 31. Dezember 1952. Wenn man einen derart unglaublichen Mangel an gesunder, elementarer Einsicht beobachten muß, wird man wohl den gegenwärtigen Anti-Romanismus in den protestantischen Reihen notwendig für eine psychologische Verkrampfung halten, die aus Ressentiment und Unsicherheitsgefühlen geboren, zur wirklichen Lage kaum noch in Beziehung steht. Gemäß einem etwas verschämten Hinweis der kongregationalen *Social Action* vom Mai 1952 besteht die „Hauptlehre“, die aus diesem vatikanischen Streit gezogen werden kann, in der Erkenntnis, „daß die psychologische Grundlage des amerikanischen Protestantismus zum guten Teil in einer negativen Ablehnung des römischen Katholizismus besteht... Das einzige feste Band, auf das wir uns verpflichtet fühlen, ... ist der Kampf gegen Rom.“ Der negative Defensivgeist des amerikanischen Protestantismus scheint die Umkehrung der katholischen Selbstsicherheit und Ausbreitung zu sein.

Dieser Defensivgeist zusammen mit dem bereits erwähnten Säkularismus hat dazu beigetragen, das protestantische Denken um die Frage von Kirche und Staat weitgehend zu verwirren und viele amerikanische Protestanten in das Lager des militanten Säkularismus zu treiben. Wohl sind die Protestanten im großen ganzen sehr aufgebracht über die sogenannte „religiöse Unbildung“ der Jugend, wie sie durchschnittlich aus den öffentlichen Schulen

hervorgeht, und bedenken dieses Schulsystem in seiner gegenwärtigen Form reichlich mit Kritik. Ihre gefühlsmäßige Bindung an die öffentliche Schule jedoch sowie das Dogma der Trennung hindern sie daran, Abhilfe zu schaffen, oder die Frage überhaupt realistisch zu sehen. Da die Katholiken jedwede Erziehung ihrer Kinder, die nicht im katholischen Glauben gründet, für ungeeignet halten, haben sie die Frage, wenigstens grundsätzlich, für sich durch kirchlich geleitete Schulen, die in Aufbau und Verwaltung gewöhnlich Pfarrschulen sind, gelöst. Ein beeindruckender Verband solcher Schulen, der mehr als drei Millionen Schüler in etwa elftausend Schulen betreut, ist aufgebaut worden, so daß heute ungefähr die Hälfte der im Staatsschul-Alter stehenden katholischen Jugend Pfarrschulen besucht. Seitens der Katholiken scheint die einzige noch ungelöste Frage darin zu bestehen, für jedes ihrer Kinder einen Platz in einer katholischen Schule zu beschaffen und für ihre Schulen das Höchstmaß an öffentlicher Hilfe zu erlangen, das Verwaltungsgerichte und öffentliche Meinung zu gewähren bereit sind. Aber der Frage der öffentlichen Schulen haben die Katholiken sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie bekämpfen diese Schulart nicht, ja, befürworten sie sogar für die nichtkatholische Jugend — doch Verantwortung für sie scheinen sie kaum aufzubringen, noch auch Neigung, sich mit ihren Problemen zu befassen; und das trotz der Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der amerikanischen Jugend diese öffentliche Schule besucht und in absehbarer Zukunft weiterhin besuchen wird; trotz der Tatsache auch, daß in vielen Teilen des Landes Katholiken in der Verwaltung der öffentlichen Schule einflußreiche Stellen innehaben. Diese etwas enge Selbstgenügsamkeit auf katholischer Seite, zum Teil ein Überbleibsel aus der Zeit, da Katholiken vom öffentlichen Leben der Nation noch ausgeschlossen waren, bestärkt sowohl protestantische wie jüdische Befürchtungen und Vorbehalte, und überläßt das Feld den militanten Säkularisten, die allein über klar und scharf umrissene Erziehungsziele, und damit auch über klar und scharf umrissene kulturelle wie gesellschaftliche Ziele verfügen.

Elternrecht und säkularistische Erziehungsphilosophie

Die Frage, auf welche allgemeinverbindliche Grundanschauung die öffentliche Erziehung hinarbeiten soll, kann sehr wohl zum Prüfstein für die verschiedenen religiös-sozialen Strömungen genommen werden, die um Einfluß auf das amerikanische Volk wetteifern. Die hinter dem öffentlichen Erziehungswesen stehende Theorie ist in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, wie die Geschichte lehrt, sehr verschieden von der auf dem Kontinent. In England und Amerika betreibt die Regierung eine öffentliche Erziehung nur deshalb, weil dies erfahrungsgemäß der einzige Weg ist, der Masse des Volkes genug Erziehungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Regierung ist verpflichtet zu leisten, was die Kraft des einzelnen oder einer Gruppe nicht zu leisten vermag. Aber wo immer einzelne oder Einzelverbände (Non-governmental agencies) über angemessene Möglichkeiten verfügen, haben sie das klare Recht, mit der Regierung in Wettbewerb zu treten, und Anerkennung wie Ermutigung von seiten der staatlichen Behörden zu verlangen. Mit anderen Worten: die anglo-amerikanische Tradition ist pluralistisch. Im französischen und kontinentalen Denken dagegen begreift

man die öffentliche Erziehung ganz anders. Öffentliche Erziehung wird hier nicht angesehen als ein Mittel, dem Unvermögen einzelner oder einzelner Gruppen abzuhelpen, sondern als ein dem Staat „angestammtes“ Betätigungsfeld, dessen Hauptzweck es ist, eine gemeinsame Lehre einzuhämmern und eine einheitliche Denkweise unter den Bürgern zu schaffen. Von diesem Standpunkt betrachtet haben private einzelne oder nicht-staatliche Einrichtungen (wie z. B. Kirchen) auf dem Felde der Erziehung eigentlich nichts zu suchen, weil ja dafür, wie man meint, allein der Staat zuständig ist. Sie sind Rivalen des Staates, und ihre Rivalität gilt als wesentlich „antisozial“, selbst wenn sie unter dem Zwang der Umstände mürrischerweise geduldet wird. Diese Auffassung ist in ihren Grundlagen und Zielen offensichtlich totalitär.

Die dem anglo-amerikanischen Verfahren zugrunde liegende pluralistische Lehre ist durch zwei richtungsweisende Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes bestätigt und aufrechterhalten worden, zunächst im Falle Oregon 1925: weiter in der Sache Prince gegen Massachusetts 1944. Es wurde verfügt, daß „Aufsicht, Sorge und Unterhalt des Kindes an erster Stelle den Eltern obliegen“, die das Recht haben, ihre Kinder frei von jedem allgemeinen Einfluß des Staates aufzuziehen, wie er etwa im Zwang, sie ausschließlich von Lehrern der öffentlichen Schule unterrichten zu lassen, gegeben wäre. Doch haben die militanten Säkularisten sich mit dieser Lehre niemals abgefunden. Noch immer bestehen sie darauf, daß die öffentliche Schule die einzig „zulässige“ (proper) Erziehungsanstalt sei, die von allen Jugendlichen pflichtgemäß besucht werden müßte, damit sie so vor „spaltenden kulturellen Einflüssen“ geschützt und zum Erwerb einer „gemeinsamen Anschauung“ gebracht würden. John L. Childs, Professor am Lehrerkolleg von Columbia, drängt auf ein Gesetz, das von „jedem Kind den Besuch einer öffentlichen Schule wenigstens für die Hälfte der Zwangsschulzeit verlangen würde“, während Mr. Conant, früher Präsident von Harvard, in seinem kürzlich erschienenen Buch „Education and Liberty“ (Erziehung und Freiheit) ausdrücklich feststellt: „Je größer der Anteil unserer Jugend, der es versäumt, die öffentliche Schule zu besuchen, und der seine Erziehung anderswo erhält, um so bedrohter unsere demokratische Einheit. Das Geld des Steuerzahlers zur Unterstützung privater Schulen zu verwenden, läuft ungefähr auf den Vorschlag hinaus, daß die amerikanische Gesellschaft sich eigenhändig umbringe.“ Aber die Schlußfolgerungen Conants sind offensichtlich nicht schlüssig: denn wenn die privaten Schulen wirklich eine solche Kraft im Dienste der Zerstörung der amerikanisch-demokratischen Gesellschaftsordnung wären, dann sollten ihnen nicht nur öffentliche Gelder verwehrt werden, vielmehr müßte man ihnen jede öffentliche Anerkennung entziehen, sie sogar verbieten. Einige säkularistische Wortführer sind tatsächlich bereit, so weit zu gehen.

Diese einheitssüchtige Haltung der säkularistischen Erzieher entspricht durchaus ihrer Weltanschauung. Denn in seinem bewußt kämpferischen Flügel ist der heutige Säkularismus eine wirkliche Gegenreligion, welche die Gesellschaft (oder das Volk, oder die Kultur) gleichsam zur höchsten Majestät erhebt, und die als Arm des Staates eingesetzte öffentliche Schule in ein Werkzeug für offiziell-kulturelle Einrichtung verwandeln möchte. Der

militante Säkularismus ist in religiöser Hinsicht genau so Partei wie der Calvinismus oder Methodismus. Er vertritt seine offizielle Doktrin, eine pseudo-demokratische Einheitslehre von stark lokaler Färbung; er besitzt gleich anderen Sekten seinen eigenen Versammlungsort: die öffentliche Schule, in die einzutreten alle gezwungen werden sollten; er hat seine eigenen Seminarien, und zwar in den bedeutendsten Lehrerbildungs-Zentren der Vereinigten Staaten. Sein Evangelium hat er in John Dewey, und seine polemische Apologetik in Paul Blanshard gefunden. Und dennoch will er sich nicht als eine sektierende Gegenreligion begreifen und gibt anmaßenderweise vor, nicht-sektiererisch (non-sectarian) zu sein, weil er ja anti-religiös und jedem überkommenen Glauben unserer Zivilisation feind sei.

Verfechter demokratischen Denkens

Die säkularistische Erziehungs-Philosophie erscheint somit als ein Anhängsel der umfassenderen säkularistischen Lebens-Philosophie, derzufolge dem Menschen jeglicher Daseinsraum jenseits des rein-Menschlichen und Sozialen abgesprochen wird. In den Vereinigten Staaten wird diese Philosophie, wenigstens auf dem Felde der Erziehung, am offensten von der katholischen Kirche herausgefordert. „Die katholische Einstellung“, erklärt Reinhold Niebuhr, „ist demokratisch in einem doppelten Sinn. Im Namen des Rechtes der Eltern, ihren Kindern eine ihrer Überzeugung gemäße Erziehung zu geben, widersetzt sie sich dem Anspruch des Staates auf eine einheitliche Zwangserziehung. Sie ist demokratisch auch, indem sie vom christlichen Standpunkt aus betont, daß dem einzelnen, über der politischen Gemeinschaft und dem sozialen Geschehen noch ein Raum letzter Rechte und Erfüllungen zusteht. Wird das nicht dauernd betont, dann hält es leicht, den Menschen zu einem bloßen Werkzeug der sozialen oder politischen Entwicklung herabzuwürdigen und ihm alle Kraft dafür zu nehmen, sich den Gewalten dieser Welt zu widersetzen: Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (In *„Christianity and Crisis“* vom 2. Februar 1953). Die einzige Frage, die im nicht-katholischen Denken aufsteht — und man muß zugeben, daß es eine sehr beunruhigende Frage ist —, geht darum, ob diese demokratische, weitherzige Sprache für die Kirche eine Sache grundlegender Prinzipien ist, oder nur Eingebung augenblicklicher Nützlichkeits- und Notwendigkeitserwägungen, die ihrem gegenwärtigen Stand einer Minderheit entstammen. Man kann nicht leugnen, daß die katholische Lehrverkündigung vieles enthält, was diesen Zweifel zu nähren und zu rechtfertigen scheint, ebensowenig wie man leugnen kann, daß in jüngster Vergangenheit ernstlich versucht worden ist — man denke dabei nur neben anderen an Jacques Maritain und John Courtney Murray S.J. — die katholische Lehre in einer Form neu zu fassen, die ihren demokratisch-weitherzigen Charakter eindeutig herausstellt. Viel wird davon abhängen, welche Aufnahme diese Bemühungen auf seiten des offiziellen Lehramtes der Kirche, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch anderswo finden werden.

Der gegenwärtige amerikanische Protestantismus hat nicht vermocht, irgendeinen klaren Standpunkt bezüglich der vom militanten Säkularismus aufgeworfenen Fragen einzunehmen. Immer schon haben die amerika-

nischen Protestanten es als ihre ernste Sorge betrachtet, jedem machtsüchtigen Kirchentum zu widerstehen, was ja nur gut und recht ist; aber wegen der heimlichen Verweltlichung eines guten Teils protestantischen Denkens, sowie wegen ihrer kopflosen Furcht vor Rom sind sie von vornherein außerstande gewesen, eine unabhängige christliche Stellung zu beziehen, von der aus sie den Widerstand und Kampf gegen die säkularistische Gegenreligion hätten eröffnen können. Tatsache ist, daß die amerikanischen Protestanten immer mehr an Initiative und Selbstbestimmung einbüßen und dazu neigen, unter den Einfluß der Säkularisten zu geraten, deren Schlagworte sie wiederholen und deren Programm sie unterstützen, ohne recht zu wissen, was sie tun. Selbst ein protestantisches Blatt wie das *Federal Council Information Bulletin* (vom 10. September 1949) weist hin auf „die Übereinstimmung zwischen offiziellen protestantischen Verlautbarungen und dem ausgesprochen säkularistischen Lager bezüglich aller zur Frage gestellten Punkte“. Der begeisterte Beifall, mit dem Paul Blanshards Schriften von protestantischen Kreisen begrüßt wurden, beweist das klar genug. Überhaupt kann der „Blanshardismus“ als der gedankliche Ausdruck der vereinten Front von Protestanten und Säkularisten angesehen werden: die Säkularisten geben den Ton an, und die Protestanten stellen die Massen. Keiner, der auch nur einen Funken Sinn für die großen geistigen Möglichkeiten des amerikanischen Protestantismus hat, keiner auch, der nur etwas Sorge für die Zukunft der amerikanischen Demokratie aufbringt, kann sich über einen solchen Anblick freuen.

Das amerikanische Judentum

Wir kommen nun zur Rolle, die das amerikanische Judentum in dieser verwickelten Lage spielt. Es gibt in den Vereinigten Staaten annähernd fünf Millionen Juden, von denen weniger als ein Drittel den Synagogen angeschlossen ist. Doch lassen sich besonders unter den jung Verheirateten immer mehr in schnell zunehmendem Maße als Mitglieder aufnehmen. Kaum jemand wird abstreiten, daß die Verweltlichung, die den amerikanischen Protestantismus so sehr entnervt, unter den amerikanischen Juden sogar noch weiter fortgeschritten ist. Von allen beteiligten Gruppen der Staaten haben die Wortführer jüdischer Kreise einschließlich führender Persönlichkeiten der Synagoge in ihren öffentlichen Erklärungen über Kirche und Staat, Religion und Leben gewiß am meisten weltliche Gesinnung bekundet. Fast alle, die im Namen der amerikanischen Juden sprechen, ob es nun Rabbis oder Laien sind, hängen der säkularistischen Grundlehre an, daß Religion „Privatsache“ ist — und zwar im abträglichen Sinne von „nur privat“, und daß sie somit nur Randerscheinung des sozialen und kulturellen Lebens ist, da dieses ihrer Meinung nach wesentlich auf nicht-religiösen Grundlagen beruht. Wo man die jüdische Religion — wenn überhaupt — noch bejaht, geschieht dies als eine Zutat zum jüdischen Leben, nicht als eine Kraft, die es durchdringt und mit jeder seiner Äußerungen unauflösbar verflochten ist. So stellt sich heute eine Gemeinschaft dar, von der man bisher immer gemeint hat, daß ihre Religion soviel wie Leben bedeute; so tief hat sich der Säkularismus in das Selbstverständnis der amerikanischen Judenschaft eingefressen.

Wortführer amerikanisch-jüdischer Institute und Körperschaften — keiner kann übrigens für das amerikanische Judentum als ganzes sprechen — haben in den Fragen um Kirche und Staat, Religion und öffentliche Angelegenheiten fast immer eine Haltung vertreten, die noch extremer war als die der protestantischen Wächter des „Trennungswalles“. Allen Versuchen, den in den öffentlichen Schulen durch Ausschaltung des Religionsunterrichtes herbeigeführten Mißständen zu begegnen, haben sie ein oft heftiges Nein entgegengesetzt. Schule und Religion sollen streng geschieden bleiben. Keine Religion, weder in der Schule selbst noch in irgendeiner ihr angegliederten Einrichtung. Die Schule soll „moralische Grundsätze“ und „gesellschaftliche Ideale“ einschärfen; der Ort für „Religion“ ist Elternhaus und Kirche. Man setzt als selbstverständlich voraus, daß „moralische Grundsätze“ und „gesellschaftliche Ideale“ autonom sind, und ganz unabhängig, ohne Bezug auf Religion aufgestellt, bewiesen und gelehrt werden können. Auch gibt man nicht zu, daß in den Schulen durch die Außerachtlassung der Religion tatsächlich dem Säkularismus das Wort geredet wird. Wenn religiöse Eltern sich dem widersetzen, so wird ihnen das verübelt. Die amerikanischen Juden haben sich mehr noch als die Protestanten vom „Blanshardismus“ einfangen lassen.

Wie ist es dazu gekommen? Wie konnte eine so zersetzende, Religion und Leben auseinanderreißende Verweltlichung in einer Gruppe aufbrechen, von der man immer gemeint hat, daß Religion und Leben für sie eins seien? Im Grunde scheint das von der weitverbreiteten, obschon selten geäußerten Überzeugung herzurühren, daß das westliche Judentum seine Gleichstellung, die es sich im Laufe der Verweltlichung der Gesellschaft errungen hat, nur solange bewahren kann, als Kultur und Gesellschaft rein weltlich bleiben. Sie fürchten, wenn die Religion wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stünde, würden die Juden, da sie ja nicht der stärkeren Religionsgemeinschaft angehören, auf der Stufenleiter der Gesellschaft wieder herabsteigen müssen, würden verdrängt, kulturell oder gar politisch unmöglich gemacht, entrechtet und benachteiligt werden. Man tut gut, darauf zu achten, daß „Religion“ in diesem Zusammenhang soviel wie Christentum heißt, und Christentum vor allem Katholizismus. Die katholische Kirche bleibt für jüdische Augen die Grundgestalt des Christentums und der Bannerträger anti-jüdischer Verfolgungen. So fürchtet man eigentlich eine katholische Vorherrschaft. Dergestalt sind die Sorgen und Ängste, von denen die amerikanischen Juden heimgesucht werden, und man kann nicht leugnen, daß sie eine gewisse Berechtigung in sich tragen. So oft hat man irgendeine Religion guten Gewissens in ein Mittel für ausschließliche Vorrechte verkehrt, daß man wohl mitfühlen kann mit denen, die der Meinung sind, daß die Demokratie den Ausschluß der Religion vom öffentlichen Leben und eine gründliche Verweltlichung der Gesellschaft verlange.

Dennoch erscheint eine solche Ansicht bedrohlich kurzsichtig, und zwar sowohl vom jüdischen als auch vom demokratischen Standpunkt aus. Die jüdische Daseinsweise ist letztlich nur auf einer religiösen Ebene begreifbar. Eine völlig irreligiöse Gesellschaft hätte für Juden als Juden und für das Judentum keinen Platz. Ebensowenig wäre aber in einer irreligiösen Gesellschaft Raum für die Demokratie. Die säkularistische Gegenreligion, die für

eine irreligiöse Gesellschaft das geistige Rückgrat bilden würde, ist eine wesentlich auch demokratische Einheitslehre mit totalitären Neigungen. Und dieser Totalitarismus könnte auf die Dauer nicht in seinem Keimzustand verharren; früher oder später würde er, würde die irreligiöse Gesellschaft ihre angebliche Eigenständigkeit aufgeben und sich in irgendeine götzdienerische Unterwürfigkeit stürzen. Die neuen Götter wären dann Rasse oder Nation, Partei oder Staat. In solch götzdienerischen Staaten werden die Juden als Opfer ausersehen; in diesem Punkt sind Geschichte und zeitgenössische Erfahrung eindeutig. Der Weg der Juden war in dieser Welt niemals leicht, noch wird er es jemals sein; dadurch aber, daß sie ihr Los in die Waagschale eines zunehmend totalitären Säkularismus werfen, der doch die teuflischen Götzenkulte unserer Zeit sowohl herbeiruft als auch willig einläßt, wird er gewiß nicht leichter.

Wie dem auch sei, es bleibt die Tatsache, daß die Furcht jüdischer Wortführer vor den möglichen Folgen, die aus der Wiedereinsetzung der Religion in das öffentliche Leben erwachsen könnten, auf ein Bündnis mit den Säkularisten hinausläuft, das dazu beiträgt, ihr eigenes Denken zu säkularisieren. Sie betrachten diese Frage hauptsächlich vom Gesichtspunkt einer Minderheit aus. Der bereits im heutigen Protestantismus so spürbare Defensivgeist macht sich unter den Juden noch mehr bemerkbar; ja man kann wohl, ohne jemand Unrecht zu tun, behaupten, daß er Politik und Leben der bedeutendsten jüdischen Organisationen in den Staaten geradezu bestimmt. Der „Einbruch“ der Religion in Erziehung und öffentliches Leben, sowie der Abbruch des geforderten „Trennungswalls“ zwischen Religion und Staat wird von den Juden als ein Verhängnis gefürchtet, das ihnen notwendig zum Nachteil gereichen würde. So gesehen, scheint die elementarste Regel der Selbstverteidigung vorzuschreiben, daß die Religion um jeden Preis aus Erziehung und öffentlichem Leben herausgehalten werde; was wiederum die leidenschaftliche Zustimmung erklärt, mit der die amerikanischen Juden der säkularistisch-protestantischen Auslegung des Grundsatzes von der Trennung von Kirche und Staat beipflichten. Bleibt freilich noch zu fragen, ob für das jüdische Leben und Überleben die höchste Weisheit in der Verteidigung liegt.

Es gibt noch ein zweites Band zwischen Protestanten und Juden. Peter Viereck hat dafür das Wort gefunden: „Der Anti-Semitismus der Liberalen besteht in der Jagd auf Katholiken.“ Der landesübliche amerikanische Liberalismus ist nahezu instinktiv anti-katholisch. Dieser Umstand ist von jenen sonderbaren „Liberalen“, die ihren „Liberalismus“ als Deckschild für prokommunistische Propaganda benutzen, nicht übersehen worden. Es war kein Zufall, daß Blanshards Artikel erstmalig in der Zeitschrift „The Nation“ erschienen sind. Ob aber nun echt oder nur vorgetäuscht, der amerikanische Liberalismus — von einigen rühmenswerten Ausnahmen abgesehen — hat kaum jemals ein Hehl aus seinen anti-katholischen Gefühlen gemacht. Er hat jedenfalls dazu beigetragen, die Spannung zwischen Katholiken und Nicht-Katholiken noch mehr zu verschärfen, und diese in ein Bündnis mit dem militanten Säkularismus zu ziehen.

So ist es durch das Zusammenwirken geschichtlich begründeter Ängste und Erinnerungen, durch einen bei Minderheiten fast notwendigen Defen-

sivgeist und durch die Machenschaften gewisser „Liberaler“ dazu gekommen, daß sich das amerikanische Judentum in einen engen und selbst-zerstörerischen Negativismus hat treiben lassen, dessen sich besonders jene gläubigen Juden schämen, die wie der Verfasser einen hohen Begriff von der Aufgabe und Verantwortung der Juden in der gegenwärtigen religiösen Lage haben.

Religiöse Minderheiten und Einheit des amerikanischen Lebens

Amerika ist überwiegend ein Land der Minderheiten; darin besteht seine Stärke, aber zum Teil auch seine Schwäche. Die Einheit des amerikanischen Zusammenlebens ist notwendig eine Einheit in Vielfalt und Verschiedenheit; eine Einheit pluralistischer Prägung von ganz eigener Art. Bleibende nationale oder kulturelle Minderheiten erkennt Amerika nicht an; was Europa unter diesen Bezeichnungen kennt, wird hierzulande nur als „fremdsprachliche“ oder „fremdkulturelle“ Bevölkerung angesehen, ihre Besonderheit als nur vorübergehend, als Folge einer späten Einwanderung aufgefaßt, dazu bestimmt, unter fortschreitender Angleichung an die amerikanische Lebensart überwunden zu werden. So ist es im großen ganzen während des verflossenen Jahrhunderts gewesen, des Jahrhunderts der großen Einwanderung. Die einzige Besonderheit bleibenden Charakters, die Amerika kennt und anerkennt, ist zunächst einmal eine rassische, die Besonderheit minderzähliger „Rassen“ — darunter seien hier zum Beispiel Neger, Asiaten und Mexikaner verstanden. (Auch sei darauf hingewiesen, daß der Begriff der „Rasse“ hier nur deshalb verwendet wird, weil er allgemein im Gebrauch ist, und trotz der Tatsache, daß ihm in der vorliegenden Verwendung eine ernstzunehmende anthropologische Grundlage nicht zukommt.) Diese Besonderheit hat aber immer einen gewissen Grad von Abgesondertheit eingeschlossen, hat ihre Träger immer auf eine niedere Stufe innerhalb der Gesellschaftsordnung zurückverwiesen. Die einzige Besonderheit, die Amerika als berechtigterweise bleibend anerkennt, ohne daß mit ihr ein niederer Rang gegeben wäre, ist die Besonderheit oder Verschiedenheit religiöser Gemeinschaften. Daraus erklärt sich die Neigung, das, was den Nachkommen selbst lange schon heimischer Einwanderer an Spuren völkischer oder kultureller Eigenheit noch anhaftet, sogleich mit der vermeintlichen religiösen Gemeinschaft zu verbinden. So werden zum Beispiel Juden als Mitglieder der jüdisch-religiösen Gemeinde angesehen und in den meisten religiösen Statistiken als solche eingestuft, ungeachtet der Tatsache, daß sie ihrer persönlichen Überzeugung nach vielleicht ungläubig oder gottlos sind. Will man die Juden nicht zu einer Rasse stempeln — was heute kaum mehr möglich ist —, dann steht den Amerikanern, einschließlich der amerikanischen Juden, schlechthin kein anderer Weg zur Erfassung der Juden offen. Das alles gipfelt in der Tatsache, daß die Frage der Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen — abgesehen nur von den bereits erwähnten „Rassengruppen“ — in Amerika hauptsächlich eine Frage religiöser Gemeinschaften ist. All diese religiösen Gemeinschaften sind Minderheiten — auch die Protestanten sind Minderheit so gut wie Juden und Katholiken und Säkularisten —; weshalb das Problem einer harmonischen Eingliederung von Minderheiten in die amerikanische Gesellschaftsord-

nung sofort die Streitfrage von Kirche und Staat aufwirft. Wohl stellt die Vielheit an religiösen Gemeinschaften einen Grundzug des amerikanisch-demokratischen Staatsgebildes dar, aber sie stellt auch ein sehr heikles Problem: wie kann jede dieser Minderheiten innerhalb der nationalen Gemeinschaft frei ihre eigenen Wege verfolgen, ohne die Gesamteinheit des amerikanischen Lebens zu gefährden? Darauf zu antworten ist nicht leicht.

Glücklicherweise scheinen sich in allen Gruppen — wobei hier einmal die militanten Säkularisten als quasi-religiöse Gruppe mitzählen sollen — neue Wege der Verständigung anzubahnen, die eine bessere Zukunft erhoffen lassen. Die Katholiken, zumal in Amerika, treten an die Frage um die Religionsfreiheit und die Beziehungen zwischen Kirche und Staat mit einem frischen Geist heran, der durchaus katholisch ist, und trotzdem mit den Grundlehren amerikanischer Demokratie bei weitem besser übereinstimmt als so manche katholische Auffassung vergangener Jahre. Unter den amerikanischen Protestanten, besonders in den großen Seminarien, hat sich ein intellektuell bedeutender Kreis gebildet, der auf Klerus und Laien zunehmenden Einfluß gewinnt. Zwar beanstandet er die seiner Meinung nach irrtümlichen Ansichten und den Mißbrauch der Macht im katholischen Lager, mißbilligt aber klar den im heutigen Protestantismus weithin heimischen Negativismus und romfeindlichen Komplex und drängt darauf, daß die amerikanischen Protestanten ihr Bündnis mit den militanten Säkularisten brechen, um eine ihren eigenen Glaubensüberzeugungen gemäße Stellung zu beziehen. „Katholiken und Protestanten“, so hat Reinhold Niebuhr gewarnt, „sollten begreifen, daß ihre gegenseitige Furcht und ihr gegenseitiger Argwohn ein Verstoß gegen die christliche Liebe sind, und Spöttern und Ungläubigen Ärgernis geben. Sie sollten Schritte tun, die eine Fühlungnahme zwischen den beiden Gemeinschaften bezwecken, eine Fühlungnahme wenigstens so freundschaftlich wie es zum Beispiel die im deutschen Rheinland ist. Weiterhin müssen sie praktische Schritte unternehmen, um den Streit über die Erziehung beizulegen ...“ (*Christianity and Crisis*, am 2. Februar 1953). Es ist bedeutsam, daß dieser Aufruf von dem einflußreichsten protestantischen Theologen Amerikas stammt, von dem Manne, der zu Recht als der Führer im Kampf gegen den religiösen „Liberalismus“ angesehen wird, und der die klassischen Überzeugungen des christlichen Glaubens zu neuer Geltung gebracht hat. Bedeutsam auch, daß sein Aufruf von den in der neuen Theologie erzogenen protestantischen Führern aus der jüngeren Generation am besten aufgenommen wurde.

Auch unter den Juden sind neue Strömungen augenfällig. Die Rückkehr zu religiöser Bindung durch Mitgliedschaft, mehr aber noch der religiöse Eifer und Ernst unter vielen jüdischen Männern und Frauen gerade der jüngeren Generation hat die Überzeugung bestärkt, daß der sogenannte „weltliche Judaismus“ eine Schlinge und ein Trugspiel ist, und daß es für die jüdische Existenz keine gültige Grundlage gibt außer der des Bundes, so wie er im klassischen jüdischen Glauben umschrieben ist. Leute wie Martin Buber, Franz Rosenzweig und Abraham Joshua Heschel haben durch ihr Denken und ihr Schrifttum einen beachtlichen Einfluß in dieser Richtung ausgeübt. Mit dieser wachsenden religiösen Anteilnahme und der zunehmenden Würdigung der jüdisch-religiösen Tradition verbindet sich auch

hier ein wachsendes Mißfallen an der Verweltlichung, die in so weiten Bereichen des jüdischen Lebens herrschend geworden ist, sowie ein wachsender Widerstand gegen das jüdisch-säkularistische Bündnis, das bis vor kurzem unbehelligt hingenommen wurde. Die an Bedeutung gewinnende jüdische Schul-Bewegung ist — was immer man von ihrem Programm halten mag — Beweis dafür. Gleichwie unter den Protestanten offenbart sich die neue Richtung unter den amerikanischen Juden in einem Gefühl, daß die religiösen Gemeinschaften einen Weg finden sollten, auf dem mit allen zerstörerischen Händeln untereinander Schluß gemacht und eine solide theologische Basis gefunden werden sollte nicht nur für ein Nebeneinander, sondern mehr noch für eine dauernde und schöpferische Zusammenarbeit.

Sogar unter den Säkularisten tun sich neue Dinge. Weder der Zeitgeist noch die Not der gegenwärtigen Weltlage sind wirkungslos geblieben. Die in den Staaten wie in der ganzen westlichen Welt steigende Flut religiösen Empfindens — für die es keiner weiteren Nachweise bedarf — hat auf alle Säkularisten, bis auf die verhärtetsten, Eindruck gemacht. Ein wirklicher Abbruch der steifen Religionsfeindlichkeit früherer Tage hat begonnen, desgleichen ein wachsendes Verständnis für die soziale Brauchbarkeit der Religion für die westliche Zivilisation, besonders im Kampf gegen den Teufelsdienst des Kommunismus. Viele eingefleischte Säkularisten sind dessen nicht mehr so sicher, daß die Religion zusammen mit den anderen „Überresten des Mittelalters“ den Krebsgang geht, noch sind sie so gewiß, daß sie ihrem Verschwinden mit Freuden zusehen würden; denn wenn die Religion einmal geht (das geben viele Säkularisten enttäuscht zu), ziehen nur zu oft anstatt der „Vernunft“ und „Aufklärung“ ein um so verheerenderer Aberglaube oder einer der Teufelskulte ein, die das moderne Zeitalter ausgebrütet hat. Keiner der Glauben hat, wird diese neue Haltung der Säkularisten religiös allzu ernst nehmen, doch ist sie eine zeitgenössische Tatsache, der möglicherweise einmal gesellschaftliche Bedeutung zukommen könnte. Sicherlich sollten die Vertreter der Religion dazu fähig sein, den ernüchterten Säkularisten mit Verständnis halbwegs entgegenzukommen, denen, die endlich aus ihren Illusionen aufzuwachen und, wie verworren auch immer, die Tiefen und Verflochtenheiten des menschlichen Lebens zu begreifen anfangen.

All diese neuen Strömungen sind, wie es scheint, wert, zur Kenntnis genommen zu werden. Sie mögen im Augenblick nicht entscheidend sein, aber sie sind da und sie nehmen an Bedeutung zu. Aus dieser Richtung kommen vielleicht die Kräfte zur Überwindung aller Spannung, Entfremdung und Entzweiung, aller Vorurteile und Mißverständnisse, aller Feindschaft, und was immer die Brunnen des amerikanischen Lebens zu vergiften droht.